

VOLKSZEITUNG

KÜNSTLICHES ESSEN:

Na dann, Mahlzeit!

Laborfleisch drängt nach Europa –
wie die ÖVP dagegen kämpft.

SEITE 2

NEUE REGELN:

Sauberer Strom

Sonne, Wasser, Wind:
Volle Kraft für die
Energiewende.

SEITE 10

BILANZ:

Ein Jahr Koalition

Gruber und Malle ziehen
Bilanz: Was gelungen ist,
was noch kommt.

SEITE 6





Blicken wir über den Tellerrand

Wir leben in herausfordernden Zeiten, in der sich vieles unseres Einflusses entzieht. Da kann es schon opportun sein, in den Reigen der Dauerkritik einzusteigen, und eh alles zu beklagen.

Man kann aber auch anders. Etwa: Über den Tellerrand blicken, räumlich wie auch zeitlich. Das Ende der Herausforderungen finden wir nicht morgen mit einfachen Antworten. Bei all den aktuellen Sorgen und Problemen: Kärnten steht zum Einen nicht alleine da und zum Anderen vielfach besser als die Meisten.

Natürlich löst man mit dieser Erkenntnis alleine keine Herausforderung. Sie kann aber Ansporn sein, die großen Fragen unserer Zeit zu beantworten – gemeinsam, konstruktiv, aufbauend auf das Erreichte mit einem zuversichtlichen Blick in die Zukunft.

Da hilft keine Dauerempörung. Weder dem Klima noch der Sicherheit unseres Landes und auch nicht den Lebenserhaltungskosten. Wir leben in einer neuen Zeit mit neuen Herausforderungen – ihnen können wir nicht mit Althergebrachtem begegnen. Die Antworten von gestern lösen nun einmal keine Fragen von morgen. Wir brauchen den Mut, neu zu denken und neue Lösungen zuzulassen. Wann eignet sich die Zeit dafür besser als in fordernden Jahren? Eben, Anpacken statt auf „Facebook bracken“. Miteinander.

Mag. Markus Malle
ÖVP-Clubobmann

Aus dem Reagenzglas:

Laborfleisch auf Kärntner Teller? Nein, danke!

Labor statt Bauernhof? Fleisch aus dem Reagenzglas ist im Vormarsch. Die ÖVP kämpft auf allen Ebenen gegen eine Zulassung.

Unsere Steaks könnten schon bald aus einem Labor kommen – von der Petrischale auf die Teller Kärntens. Das sind keine Hirngespinnste: In den USA sind künstlich erzeugte Fleischimitate bereits Alltag, in Singapur ebenfalls zugelassen. Und erst im letzten Jahr suchte ein deutsches Unternehmen um Genehmigung von Laborfleisch in der EU an.

Damit es erst gar nicht so weit kommt, formiert sich in Kärnten massiver Widerstand gegen Lebensmittel aus dem Chemielabor. Als vorderste Kämpfer, damit

Laborfleisch in Kärnten nicht in Umlauf kommt, zeigen sich ÖVP-Landwirtschaftssprecherin Stefanie Ofner gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. „Eine Zulassung kommt für mich nicht in Frage“, sagt sie klar. Vielmehr setzt sich Ofner für echte, regionale Lebensmittel ein.

Klares Nein!

Erste Erfolge kann Ofner bereits vorweisen: Im Kärntner Landtag haben sich nach ihrer Initiative sowohl im Landwirtschaftsausschuss als auch in der Landtagssitzung alle Mandatäre gegen Laborfleisch ausgesprochen. „Ein klares Signal der Landespolitik und auch ein wichtiger Schritt“, meint Ofner. „Wir brauchen eine klare Haltung gegen Laborfleisch auf möglichst vielen Ebenen, damit es erst gar nicht zu einer Zulassung für den Vertrieb in Österreich und Europa kommt.“

Was ist wirklich drin?

Unterstützung gibt es aus der Landeregierung: „Laborfleisch ist eine große Täuschung und Irreführung der Konsumenten“, stellt Agrarreferent Martin Gruber fest. „Wir müssen auf allen Ebenen

„Wir müssen jetzt alles tun, damit es erst gar nicht zu einer Zulassung kommt.“

MARTIN GRUBER



Für
echtes
Essen!

Hier geht's zur
Petition gegen
Laborfleisch:



Wohl bekomm's: Einige Konzerne wollen in der EU Laborfleisch auf den Tellern sehen



„Wir brauchen eine Abschätzung der Folgen von Laborfleisch. Wir müssen die Gesundheit der Konsumenten und die Existenzgrundlage unserer Bauern schützen.“

STEFANIE OFNER

INFOBOX

Kampf gegen Laborfleisch

- ✓ Im Kärntner Landtag haben Abgeordnete einstimmig gegen Laborfleisch gestimmt.
- ✓ Die Agrarreferenten aller Bundesländer haben sich gegen Fleisch aus dem Labor ausgesprochen.
- ✓ Die Landwirtschaftskammer Kärnten hat eine Petition gegen die Zulassung ins Leben gerufen: „Laborfleisch? – Nein Danke!“
- ✓ Bereits in den ersten Tagen haben tausende Kärntner gegen das Laborfleisch unterschrieben.
- ✓ Das Land Kärnten plant eine breite Bürgerbeteiligung mit Befragung der Kärntner Konsumenten.



Von Fiktion zu Realität

Schon 1976 stolperte Komiker Louis de Funes im Film „Brust oder Keule“ über künstlich erzeugten Fraß – mit sichtbaren Folgen





Wolf in Kärnten:

Schutz für Mensch und Tier

Landtag hat ein von LHstv. Gruber initiiertes Almschutz-Gesetz einstimmig beschlossen. Der Schutz der Tiere auf Almen und Weiden ist bereits mit heuriger Saison in Kraft.

Almbauern in ganz Kärnten atmen auf: Das Land hat ein neues Gesetz zum Schutz von Weidetieren. Die Initiative von LH-Stv. Martin Gruber hat der Landtag so rasch beschlossen, dass es noch vor der heurigen Almsaison in Kraft ist – konkret: seit Mitte Mai.

Agrarreferent Martin Gruber zeigt sich zufrieden. „Mir war ein Beschluss im Frühjahr sehr wichtig“, sagt er. Eine weitere Saison, in der erst gehandelt werden kann, wenn Tiere zu Schaden gekommen sind, sei damit ausgeschlossen. „Wir gehen in Kärnten damit einen neuen Weg zum Schutz unserer Almwirtschaft und der Tiere.“ Das betont auch ÖVP-Landwirtschaftssprecherin Stefanie Ofner. „Immer wieder haben Bauern ihre Tiere nicht auf die Alm gelassen, damit sie nicht zu Schaden kommen“, weiß sie aus vielen Gesprächen. „Das ist den Bauern, den Tieren und auch unserer Kulturlandschaft nicht zumutbar.“



1.837
Almschutzgebiete
in Kärnten

Kärnten ist Vorreiter

Doch was ist konkret neu? Bisher musste ein Wolf eine bestimmte Anzahl an Tieren reißen, damit man eingreifen konnte und den Schadowolf zu entnehmen. Das fällt nun weg. „Das neue Gesetz erlaubt den Jägern bereits nach der ersten unmittelbaren Bedrohung einzugreifen“, erklärt Gruber.



„Wir müssen nun endlich keine toten Tiere mehr zählen, bis gehandelt werden kann.“

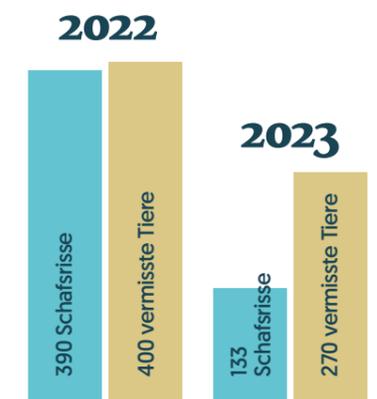
MARTIN GRUBER

Also, bereits bevor ein Tier tatsächlich zu Schaden gekommen ist. Kärnten übernimmt damit erneut die Vorreiterrolle in Österreich. Gruber erleichtert: „Wir müssen nun endlich keine toten Tiere mehr zählen, bis gehandelt werden kann.“

Schutz von Mensch und Tier

Weitere Schritte: Zwei Verordnungen hat Gruber gegen die Wolfsbedrohung noch erlassen. Zum einen musste festgelegt werden, welche Almen in Kärnten konkret zu Schutzgebieten erhoben werden. Zum anderen wurde eine neue Verordnung für Risikowölfe beschlossen die den Schutz in Siedlungsgebieten gewährleistet.

Wolfsrisse in Kärnten



Experten rechnen mit weiterem Rückgang zu Schaden gekommener Tiere.

Funk wird für Einsatzkräfte endlich digital!

Nach jahrelangen Debatten ist es endlich fix: Polizei, Feuerwehr und Rettung funken in Kärnten bald auf einer Frequenz.

Was lange währt, wird endlich gut – und in diesem Fall auch modern. Denn: Kärntens Einsatzkräfte funken bald auf digitaler Frequenz. Die ÖVP setzt sich seit Jahren für den Umstieg auf den Digitalfunk ein. Vor einigen Jahren hat das Land auch 22 Millionen Euro für die Umsetzung reserviert.

demselben Informationsstand im Fall eine Katastrophe. „Eine Frage der Sicherheit“, sagt Sicherheitssprecher LAbg. Michael Maier, „schließlich geht es um jede Sekunde.“

Nach dem Schulterchluss zwischen LH-Stv. Martin Gruber, BM Gerhard Karner und LR Daniel Fellner, geht es an die Umsetzung. Und die Devise steht fest: „Sicherheit vor Technik“, wie ÖVP-Clubobmann Markus Malle sagt. Ziel ist es nämlich, bestehende Funkmasten zu nutzen, um so möglichst wenig neue Infrastruktur aufstellen zu müssen.



„Rasche Abstimmung von Einsatzkräften ist eine Frage der Sicherheit – es geht um jede Sekunde.“

MICHAEL MAIER

Sicherheit geht vor

Damit ist jetzt Schluss, und die Kärntner Lebensretter steigen endlich in die Behördenfrequenz der anderen Bundesländer ein. Somit können alle Einsatzkräfte mithören und sind auf

Maier über die Vorteile: „Bei Einsätzen nahe der Landesgrenze zu Salzburg, war die Abstimmung mit den Einsatzkräften mühsam.“ Das ändert sich: In absehbarer Zeit funken alle Retter auf derselben Frequenz.



Schulterchluss für den Digitalfunk: Katastrophenschutz-Referent Daniel Fellner, Innenminister Gerhard Karner, Landeshauptmann Peter Kaiser und Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber

Foto: LPD/Kuess



„Nur ohne Wolf hat die Almwirtschaft, wie wir sie kennen und brauchen, auch Bestand.“

STEFANIE OFNER



Inverview:

Mit Visionen für die Zukunft

Im April 2023 startete die Kärntner Nachhaltigkeitskoalition in ihre Arbeit. 13 Monate nach der Angelobung ziehen LH-Stv. Martin Gruber und Clubobmann Markus Malle eine erste Zwischenbilanz der Zusammenarbeit.

Seit gut einem Jahr ist die Nachhaltigkeitskoalition am Werk. Sind Sie zufrieden?

LHStv. Gruber: Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von einer unaufgeregten, aber zielorientierten Sachlichkeit und gegenseitiger Wertschätzung. Das tut dem Klima im

Land gut. Es geht uns nicht um die kurzfristigen Schlagzeilen, sondern um nachhaltige Weichenstellungen, die etwas verändern können. Es liegt noch viel vor uns, aber wir haben bereits ein intensives Arbeitsprogramm absolviert.

CO Malle: Wir haben mit dem Koalitionspartner enorm viele Gesetze verhandelt und auf den Weg gebracht. Auch derzeit stimmen wir viele Vorhaben ab. Dieses feilen an den besten Lösungen ist oft nicht geeignet für

marktschreierisches Marketing. Ich halte es allerdings für richtig, ernsthaft an der Entwicklung unserer Heimat zu arbeiten, statt Slogans zu plakatieren.

Welche Weichenstellungen halten Sie für die wichtigsten?

Gruber: Es geht jetzt darum Kärnten nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Ar-

„Allein die Menge an Gesetzen, an denen wir in der Koalition arbeiten, zeigt den Einsatz aller, Kärnten gut zu entwickeln.“

MARKUS MALLE

beits- und Lebensstandort weiterzuentwickeln und zu positionieren. Deshalb wurde z.B. ein eigenes Standortreferat eingerichtet. Wir entwickeln die Regionen mit einem entsprechenden Gesetz und haben Budgets dafür verankert. Die Agentur für Arbeitskräfteakquise nimmt ihre Arbeit auf. Und wir setzen auch im Hinblick auf die Koralmbahn konkrete Vorbereitungen.

Malle: Wir müssen uns alle bewusst werden, was die Koralmbahn für unser Bundesland bedeutet. Kärnten rückt noch mehr in die Mitte Europas. Wir leben dann direkt an einer Hochleistungsstrecke, die den ganzen Kontinent verbindet. Das birgt unendliche Chancen, dafür müssen wir unsere Vorhaben abstimmen – von Infrastruktur bis zum Marketing für Kärnten.

Hat Kärnten seine Hausaufgaben in Bezug auf die Koralmbahn gemacht? Was braucht es noch?

Gruber: Die Landesregierung kümmert sich in unterschiedlichen Arbeitsgruppen um ganz konkrete Themen. Z.B. um Infrastrukturplanung oder um die Planung des Öffentlichen Verkehrs, der die Regionen an die Koralmbahn anbinden soll. Denn ganz zentral wird es ja sein, dass alle Regionen von der Koralmbahn profitieren, nicht nur die entlang der Strecke. Allein in den Öffentlichen Verkehr fließen heuer über 55 Millionen Euro. Auch in den Breitbandausbau wird massiv investiert.

Malle: Erste Sitzungen mit der Steiermark zeigen, dass wir diesen großen Ballungsraum gemeinsam sichtbar machen wollen. Für wichtig halte ich, dass wir in Kärnten einen neu-

en Mindset etablieren. Ein kleines Beispiel: Es wird etwa eine Stunde dauern, bis ein Grazer in der Badehose im Strandbad liegen kann – in Wien fährt man länger zu einem künstlichen Schwimmbecken. Wir dürfen stolz sein, wir haben nämlich viel zu bieten.

Auch in den Flughafen wird kräftig investiert, wie nachhaltig ist das?

Gruber: Der Flughafen ist eine zentrale Verkehrsinfrastruktur und auch von strategischer Bedeutung. Ihn zu sichern und zu erhalten ist daher nachhaltig für unseren Standort. Man kann mittlerweile auch ganz klar sagen, dass die Entscheidung, die Call-Option zu ziehen, die richtige war. Der Neustart ist gelungen, die Entwicklung ist absolut positiv. Bis 2028 soll er sich selbst tragen können – deshalb investieren wir jetzt.

Das klingt teuer – kann sich Kärnten solch massiven Investitionen überhaupt leisten?

Gruber: Die budgetäre Situation ist eine riesige Herausforderung. Auf der einen Seite müssen Kosten eingespart und Strukturreformen angegangen werden. Auf der anderen Seite müssen wir auch dem Regierungsprogramm Rechnung tragen und dort Maßnahmen setzen, wo es um Kärntens Zukunft geht.

Malle: Die Zeit ist reif für echte Reformen. Wir müssen in die Struktur gehen. Die Kostensteigerungen der letzten Jahre haben auch vor dem Land nicht Halt gemacht, deshalb braucht es in vielen Bereichen neue Prozesse, statt ständig mehr Geld in die überholte Abläufe zu stecken.

Von Reformen ist häufig und lange die Rede – was macht Sie zuversichtlich, dass es diesmal gelingt?

Gruber: Wir wissen, dass wir einen Dämpfungspfad, insbesondere bei den großen Ausgabenbrocken brauchen. Daran arbeiten wir bereits seit Monaten und werden so lange zusammensitzen bis wir eine gute Lösung für Kärnten gefunden haben. Das zeichnet unsere Partnerschaft aus, nicht nur bei diesem Thema.

Malle: Allein die Menge an Gesetzesvorhaben, an denen wir derzeit in der Koalition arbeiten, zeigt den Einsatz aller, Kärnten gut zu entwickeln. Das ist ein Bekenntnis. Außerdem gibt es jetzt eine Chance, die Strukturen

„Es geht jetzt darum, Kärnten nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Arbeits- und Lebensstandort weiterzuentwickeln und zu positionieren.“

MARTIN GRUBER

anzupassen: Die Digitalisierung kommt zunehmend in der Verwaltung an. Und: Viele Landesbedienstete gehen bald in Pension, eine neue Generation rückt nach.

Apropos nächste Generation: Viele Junge befürchten einen Klimakollaps. Was macht Kärnten für das Klima?

Gruber: Für mich ist die Energiewende dabei eine zentrale Frage. Hier hat Kärnten in den letzten Jahren viel Zeit verloren, aber die notwendige Kehrtwende ist jetzt eingeleitet. Wir haben eine neue Photovoltaik-Verordnung und ein Energiewende-Gesetz vorgelegt.

Beide sollen noch heuer beschlossen werden und vieles beschleunigen und vereinfachen. Aber es wird noch viele weitere Schritte brauchen, um Kärnten resilienter zu machen im Bereich der Energieversorgung. Auch daran arbeiten wir.

Blicken wir an das Ende der laufenden Periode. Was muss Kärnten schaffen, dass Sie 2028 zufrieden zurückblicken?

Gruber: Mein Ziel ist es, an einem modernen Kärnten zu bauen, in dem Menschen Perspektiven vorfinden, sich ein gutes Leben aufbauen zu können. Es wäre

schön, am Ende der Periode sagen zu können, dass sich unser Land genau in diese Richtung entwickelt.

Malle: Zu Nachhaltigkeit gehören für mich auch stabile Finanzen. Das Ziel muss sein, Kärnten mit ausreichend Spielraum für die Zukunftsinvestitionen aufzustellen. Unsere Vorväter haben mit dem massiven Ausbau der Wasserkraft eine weise Entscheidung getroffen, von der Generationen profitieren. Heute würde diese Maßnahme für massive Proteste und auch Shitstorms in Sozialen Medien sorgen. Genau solche Entscheidungen brauchen wir aber – für Kärntens Energie-Autonomie. Davon profitieren wir nicht morgen. Unsere Enkel können aber eines Tages sagen: Das haben sie damals gescheit gemacht.



„Wir brauchen Entscheidungen über die unsere Enkel sagen können: Gescheit gemacht.“

MARKUS MALLE





B317: Es geht um die Sicherheit der Menschen!

Es geht
um St. Veit
an der
Glan!

Beim Sicherheitsausbau der Friesacher Straße lässt die ÖVP nicht locker. Martin Gruber: „Wir wollen mit einem Sicherheitsausbau Unfälle verhindern, einen Rückbau darf es deshalb nicht geben!“

Es gibt triftige Gründe für den seit Jahren versprochenen Sicherheitsausbau der Friesacher Straße von St. Veit in die Steiermark. „Die hier ansässigen Unternehmen brauchen diese wichtige Straßeninfrastruktur, um sich entwickeln zu können“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber. „Davon profitiert schlussendlich die ganze Region.“

Und: „Regelmäßig passieren dort schwere Unfälle, die immer wieder Todesopfer fordern“, ruft Gruber in Erinnerung. „Damit muss endlich Schluss sein, der Sicherheitsausbau muss in die Umsetzung kommen.“

Planungsstopp ist inakzeptabel

Offenbar sieht das aber die zuständige Ministerin Leonore Gewessler anders. Sie bremst das Projekt aus, sämtliche Verhandlungen hat sie wieder an den Start geschickt. „Inakzeptabel“, nennt das Gruber und bleibt hartnäckig.

„Staatsvertrag“ mit dem Bund

Zuletzt hat die Landesregierung eine Resolution für eine Vereinbarung beschlossen. Das Ziel: Das Land Kärnten übernimmt den Straßenabschnitt in seine Verantwortung, im Gegenzug finanziert der Bund den Sicherheitsausbau. Gruber: „Das Ministerium und die Ministerin müssen endlich ein Bekenntnis abgeben und können sich nicht länger hinter Überschriften verstecken!“ Eine Art „Staatsvertrag“ soll nun für Klarheit sorgen. „Wir wollen Planungssicherheit“, fordert Gruber. Laut aktuellen Schätzungen kostet der Sicherheitsausbau 250 Millionen Euro.

„Der Bund hat hier eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Region, die es einzulösen gilt.“

MARTIN GRUBER

Schon einmal hat sich Martin Grubers Hartnäckigkeit ausgezahlt: Spatenstich an der S37 im März 2023 – mit Asfinag-Vorstand Herwig Hufnagl und Volker Bidmon von der Straßenbau-Abteilung.

© Büro Gruber



INFOBOX

Fakten für die B317

- ✓ Die B317 ist derzeit in der Zuständigkeit des Bundes.
- ✓ Schon im Jahr 2005 wurde der Sicherheitsausbau zwischen Land und Bund vereinbart und gesetzlich verankert.
- ✓ Nach den vielen Jahren will Martin Gruber den Straßenabschnitt in Landesverantwortung übernehmen.
- ✓ Der Bund soll für die Kosten des Sicherheitsausbaus aufkommen. Schätzung: 250 Millionen Euro.
- ✓ Eine Resolution vom heurigen März soll eine Vereinbarung per Vertrag absichern.

Auch St. Veit muss von Koralmbahn profitieren

Ganz Kärnten soll von der Koralmbahn profitieren – auch St. Veit. Das Regionalentwicklungsgesetz bringt jedes Jahr 4,5 Millionen Euro für rein regionale Projekte.

Fix ist: Die Koralmbahn startet mit Ende 2025 in den Vollbetrieb. Groß werden die Chancen für alle Regionen entlang der Strecke eingeschätzt. Bloß: Der Bezirk St. Veit darf nicht außen vor bleiben, wenn es um die Vorteile der Hochleistungsbahn geht.

Damit es nicht so kommt, setzen sich ÖVP-Vertreter ein. „Entscheidend ist eine gute Verkehrsanbindung jener Gebiete, die nicht direkt an der Strecke liegen“, sagt ÖVP-Bundesrätin Sandra Lassnig. St. Veit könne – etwa mit Betriebsansiedlungen – nur dann profitieren, wenn es eine adäquate Anbindung an die Koralmbahn gibt.

Anbindung an die Koralmbahn

Das sieht auch Wirtschaftskammer-Präsident Jürgen Mandl so. „Es wird Kreativität, Mut und auch Geld brauchen, um neue Wege zu gehen – zum Beispiel bei der ebenso umweltfreundlichen wie logistisch spannenden Wiederbelebung von Regionalbahnen, wie der Görtschitztalbahn durch die ÖBB“, sagt er. Jedenfalls sieht er in der zeitgemäßen Anbindung eine der Hauptaufgaben der Politik.

Dass die Koralmbahn eine Jahrhundertchance für ganz Kärnten ist, steht indes außer Zweifel. „Gemeinsam mit der Steiermark lassen wir einen neuen Wirtschafts- und Lebensraum entstehen, der wichtige Impulse für das Bundesland bringen wird“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. 1,8 Millionen Menschen leben in diesem Wirtschaftsraum Süd.

Gesetz für Regionalentwicklung

Gruber richtet sein Augenmerk auch direkt auf Regionen abseits der Bahnstrecke. „Gebiete, die nicht am neu entstehenden Ballungsraum liegen, dürfen nicht vernach-



„Kärnten und Steiermark werden zu einem neuen Wirtschafts- und Lebensraum, der wichtige Impulse für das Bundesland bringen wird.“

MARTIN GRUBER



Ende 2025 geht die Koralmbahn in Vollbetrieb auch im Bezirk St. Veit steht die Hochleistungsbahn für Chancen und Potenziale

lässigt werden“, stellt Gruber klar. Das Kärntner Regionalentwicklungsgesetz soll gezielt auch diese Regionen fördern.

„Die Umsetzung des Regionalentwicklungsgesetzes ist ein Beitrag dazu, dass sie an den Chancen und Möglichkeiten

und Potenzialen teilhaben können“, ist Gruber überzeugt. Jährlich werden 4,5 Millionen für regionale Projekte zur Verfügung stehen. Welche Maßnahmen umgesetzt werden, soll in Arbeitsprogrammen in den jeweiligen Regionen niedergeschrieben und dann zur Umsetzung gebracht werden. Bundesrätin Lassnig: „Alles, was passiert, soll auf die Koralmbahn abgestimmt sein, damit unser Bezirk die Vorteile der Bahn nutzen kann.“

„Projekte in der Region sollen auf die Koralmbahn abgestimmt sein, damit St. Veit die Vorteile nutzen kann.“

SANDRA LASSNIG





Saubere Energie

Volle Kraft für die Wende!

Kärnten ist auf dem Weg zur Energiewende. Eine Reihe von neuen Regeln zünden nun den Turbo für die Kraft aus Wasser, Sonne und Wind.

Kärnten hat viel Potenzial für saubere Energie, aber nicht mehr viel Zeit – so formuliert es Energielandesrat Sebastian Schuschnig – und handelt. Gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber schaffen sie die Voraussetzung, dass die Energiewende in Kärnten gelingt. „Sie ist ein wesentlicher Faktor für die Versorgungssicherheit und auch für den Standort“, sagt Gruber. Deshalb krepeln sie die Ärmel hoch und fei-

len an neuen Regeln, die den Ausbau von Energie aus Wasser, Sonne und Wind deutlich beschleunigen sollen. „Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein – vom Verhindern zum Ermöglichen“, so Gruber. Ein Beispiel für rascheren Ausbau von sauberer Energie: „Wir können mit Photovoltaik auf Freiflächen nicht warten, bis wir die Dächer bestückt haben“, sagt ÖVP-Energiesprecher Robert Köfer. „Der Ausbau muss parallel erfolgen.“ Die neuen Regeln sollen das ermöglichen.

Neue Strategie

Die Basis für den Ausbau-Turbo wird eine neue Energiestrategie. „Keine Hochglanzbroschüre, son-

„Energiepolitik ist auch Standortpolitik – mit raschen Verfahren, weniger Bürokratie und Planungssicherheit.“

SEBASTIAN SCHUSCHNIG

dern ein Lenkungsinstrument“, sagt Schuschnig. Sie soll auch den Bedarf an sauberer Energie ermitteln, nach dem der Ausbau erfolgt.

Neues Gesetz

Für die Beschleunigung sorgt das Energiewende-Gesetz – eine gesammelte Gesetzesänderung, die die Regeln unterschiedlicher Vorschriften aneinander angleicht. Schuschnig erklärt: „Wir sorgen für rasche Verfahren, weniger Bürokratie und Planungssicherheit – im Sinne all jener, die in den Erneuerbaren-Ausbau investieren und zum Gelingen der Energiewende“ beitragen. Durch die Anhebung der Schwellenwerte entfallen künftig auch zahlreiche Bewilligungen. „Alle erneuerbaren Energieanlagen sollen baurechtlich nur noch anzeigepflichtig werden“, so Schuschnigs Ziel. Dafür sollen insbesondere doppelte Prüfungen wegfallen. So könnte die Hälfte der Verfahren unnötig werden.

Doppelte Nutzung

In vielen Bereichen will man zwei Fliegen mit einer Klappe erwischen: Flächen mit vorhandenen Geneh-

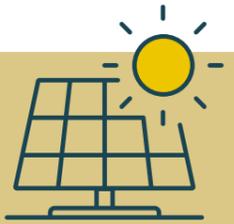
„Wir gehen sorgsam mit unserem Boden um, wollen Photovoltaik aber zulassen – für Eigenversorgung von Betrieben und Haushalten und intelligente Doppelnutzung von Flächen.“

MARTIN GRUBER

migungen sollen auch für Photovoltaik genutzt werden. Gruber präzisiert: „Wir ermöglichen intelligente Doppelnutzung.“ Zum einen sollen etwa Schottergruben und Steinbrüche für die Stromproduktion genutzt werden, zum anderen können Bauern ihre Flächen für Landwirtschaft und gleichzeitig saubere Energie verwenden. Beispiel: In der Hühnerhaltung kann die nötige Beschattung für die Tiere für die Produktion von Sonnenstrom genutzt werden. „Wir entziehen sie damit nicht der Landwirtschaft, sondern ermöglichen einen zusätzlichen Nutzen.“

DER WEG ZUR ENERGIEWENDE

- ✓ **Eine neue Energiestrategie** soll den Bedarf an sauberer Energie prognostizieren. Darauf werden Maßnahmen und Regeln aufgebaut.
- ✓ **Öffentliches Interesse** an Erneuerbaren-Energie-Anlagen soll gesetzlich festgeschrieben sein.
- ✓ **Weniger Verfahren:** Die Anhebung der Schwellenwerte für die Bewilligungspflicht soll jedes zweite Verfahren unnötig machen.
- ✓ **Anzeigepflicht:** Für Photovoltaik auf Dächern bereits in Kraft, soll auch für andere Energie-Anlagen eine Anzeigepflicht die Bewilligung ersetzen.
- ✓ **Schnellere Verfahren** durch klare Fristen für Rückmeldungen, vorgelagerte Prüfungen und unkomplizierter Einsatz von Sachverständigen.
- ✓ **Doppelte Prüfungen und Verfahren abschaffen:** Keine eigene Elektrizitätsrechtliche Bewilligung, wenn bereits eine wasserrechtliche, gewerberechtliche oder seilbahn- bzw. eisenbahnrechtliche vorliegt.



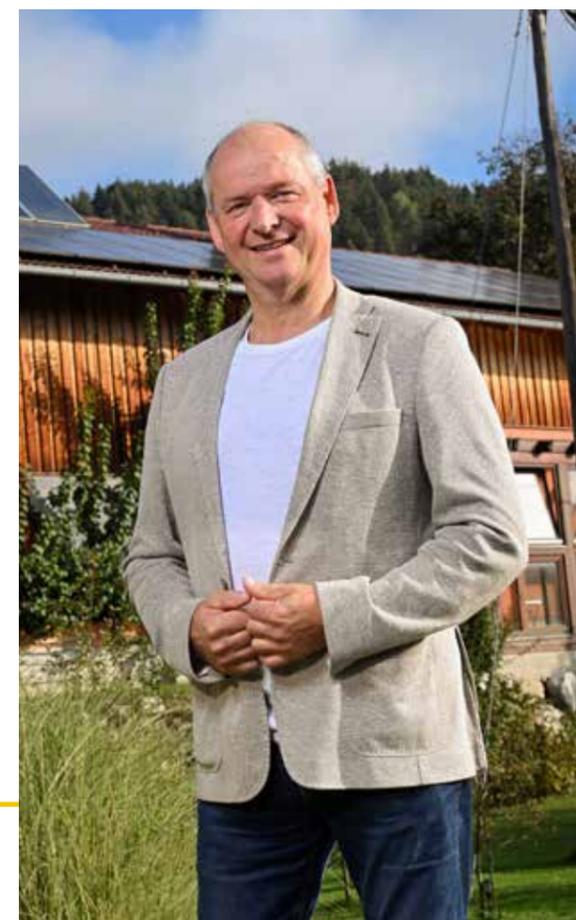
- ✓ **Professionelle Begleitung** für Verfahren: Eine zentrale Stelle für Koordination und Begleitung in Verfahren.
- ✓ **Doppelte Nutzung:** Photovoltaik auf Flächen, die bereits genehmigt sind: Schottergruben, Steinbrüche, Eisenbahn- und Seilbahnanlagen.
- ✓ **Agri-PV:** Sonnenstrom über Agrarflächen, ohne diese der Landwirtschaft zu entziehen: Obst- oder seilbahn- bzw. eisenbahnrechtliche vorliegt.

Bauern als Stromproduzenten

Köfer sieht darin auch eine Chance für Bauern in Kärnten. „Mit eigenen Anlagen können Landwirte zu Energiewirten werden“, erklärt er. Damit schaffen sie eine zusätzliche Einnahmequelle für ihre Betriebe. Die neuen und noch kommenden Regeln sollen jedenfalls die Potenzialflächen für Photovoltaik in Kärnten vervielfachen. Intelligente Doppelnutzung also, aber auch Eigenversorgung von Betrieben und Haushalten stehen im Fokus.

„Wir können mit Freiflächen nicht warten, bis die Dächer mit Photovoltaik bestückt sind, sondern brauchen parallelen Ausbau.“

ROBERT KÖFER





Gewaltschutz:

Frauen dürfen keine Opfer von Gewalt sein!



Schluss mit der Gewalt an Frauen – dazu ruft Bundesrätin Sandra Lassnig auf. Und sie setzt sich für Prävention ein.

Auf politischer Ebene setzt sich Lassnig dafür ein, die Gewaltspirale zu durchbrechen. „Entscheidend ist, dass betroffene Frauen eine Anlaufstelle haben und sich jemandem anvertrauen können – und auch den Mut dazu schöpfen“, sagt sie.

Stopp der Gewalt: Die Bundesregierung hat das Budget für Gewaltschutz deutlich erhöht.

Experten gegen Gewalt

Wichtig für die Vermeidung von Gewalt in der Gesellschaft ist der intensive Austausch von Experten, um bei Bedarf handeln zu können. Dafür hat der Landtag in seiner letzten Sitzung eine Kommission zum Gewaltschutz beschlossen. „Experten und Verantwortliche aus Politik, Schutzeinrichtungen und Justiz bringen wirksame Maßnahmen gegen Gewalt auf den Weg.“

Entscheidend ist, dass jedes Mitglieder dieser Kommission eine Sitzung einberufen kann, wenn die Situation

es erfordert. „Je rascher man im Fall einer Bedrohung handelt, desto besser kann man helfen – und eine Eskalation auch vermeiden“, so Lassnig. Die Kommission versteht sich als Ergänzung zu Maßnahmen des Bundes. „Die Regierung hat hier wesentliche Schritte zum Schutz von Frauen gesetzt“, so Lassnig. Fünf Mal hintereinander ist das Budget dafür erhöht worden. Heuer fließen rund 34 Millionen Euro in Maßnahmen gegen Gewalt. Mehr als ein Drittel davon steht für Beratungsstellen von Mädchen und Frauen zur Verfügung. Für Schutz-Wohnungen von betroffenen Frauen stehen zwölf Millionen Euro zur Verfügung und die Anzahl der Präventionsmitarbeiter wurde massiv erhöht.

Keine Woche vergeht, in der nicht von Gewalttaten an Frauen berichtet wird – manchmal endet die Eskalation für das Opfer sogar tödlich. „Gewalt gegen Frauen dürfen wir nicht zulassen“, mahnt Bundesrätin der Volkspartei, Sandra Lassnig. „Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe, dem entschieden entgegenzutreten.“

„Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dass sich Frauen in der Gesellschaft und im privaten Umfeld sicher fühlen können.“

SANDRA LASSNIG

Wegenetz:

Die Lebensadern auf dem Land

Das längliche Wegenetz ist entscheidende Infrastruktur außerhalb von Städten. Im Bezirk St. Veit gibt es 53 Projekte.

Insgesamt fließen 3,4 Millionen Euro in die Arbeit am ländlichen Wegenetz im Bezirk St. Veit – das Agrarreferat fördert die Maßnahmen mit rund 1,94 Millionen Euro. „Das ländliche Wegenetz ist eine unverzichtbare Infrastruktur“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. „Jeder Euro, den wir in Erhalt und Ausbau investieren, bedeutet mehr Lebensqualität für die Menschen in den Regionen.“

53 Projekte gibt es. Darunter:

St. Walburgen Kaltenberg in der Gemeinde Eberstein

Die Verbindungsstraße in Eberstein ist 3,8 Kilometer lang und erschließt 14 Hofstellen, teils mit Ab-Hof-Vermarktung sowie 74 Hektar Landwirtschaftsfläche und 182 Hektar Wald. Sie wird um 550.000 Euro saniert und verbreitert.

Zweinitzwinkelstraße – neue Brücke

Die dritte Baustufe in Weitensfeld hat begonnen. Es wird eine 4,5 Meter breite Brücke aus Fertigbetonteilen und Stahlgeländer errichtet. Kosten: 300.000.

Schulgut Weindorf

Zum Schulgut Weindorf der LFS Althofen führt eine rund 450 Meter lange Straße. Da es bei der Einbindung in die Guttaringer Straße immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt, wurde dieser Bereich umgebaut und abgesichert. Kosten: 224.000 Euro.

Abgeordnete auf Tour...

Land auf, Land ab – von Ost nach West sind unsere Abgeordneten unterwegs. Hier einige Blitzlichter von Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und Bundesrätin Sandra Lassnig aus ihrem Heimatbezirk.



Schon seit zwei Jahrzehnten geht es in Weitensfeld um den Speck. Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und EU-Spitzenkandidat Julian Geier folgten der Einladung von Bürgermeister Franz Sabitzer und kosteten sich durch die regionalen Produkte.

© Büro Gruber/Gamper



Hoher Besuch aus Wien: Gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber, Landesrat Sebastian Schuschnig, Markus Malle, Landtagsabgeordneter Herbert Gaggl und WK-Präsident Jürgen Mandl besuchte Finanzminister Magnus Brunner die Niederlassung der Gebrüder Weiss in Maria Saal. © Helge Bauer

Außenminister Alexander Schallenberg zu Besuch in St. Veit. Neben Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber begleiteten ihn auch Sandra Lassnig und Stadtrat Philipp Subosits. Ein besonderes Gastgeschenk gab es von Harald Taupe, einen original Kärntner Reindling.



Bei der Nacht der Landjugend in der Neuen Burg in Völkermarkt wurde wieder die aktivste Ortsgruppe ausgezeichnet. Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber, LWK-Präsident Siegi Huber, Stadträtin Elisabeth Kollitsch, Hannes Mak und EU-Spitzenkandidat Julian Geier gratulierten der Landjugend aus Eberstein dazu.



94 Teilnehmer zückten in Liebenfels ihre Karten als Sandra Lassnig zum Preisschnapsen rief. Ebenfalls dabei im Gasthof Zechnerin waren Nationalrat Johann Weber und EU-Spitzenkandidat Julian Geier.



Über 5.000 Quadratmeter hat die neue, nachhaltige Halle in der Hirter Brauerei. Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und Landeshauptmann Peter Kaiser zeigten sich beeindruckt von der Zukunftsinvestition der beiden Geschäftsführer Klaus Möller und Niki Riegler. © Büro Gruber/Gamper





Kärnten braucht eine **Offensive** für **Eigentum**

Für **leistbares Wohnen**

Leistbares Wohnen: Nur wenige Kärntner nehmen Wohnbauförderungen in Anspruch. Die Gründe sind veraltete Kriterien und hohe Hürden. Das muss sich ändern.

am Papier besteht, während die geltenden Richtlinien und Vorschriften dazu führen, dass niemand sie nutzen kann, ergibt keinen Sinn“, kritisiert er. Diese Regelung gehe an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.



„Wer arbeitet und Leistung erbringt, soll sich aus eigener Kraft Eigentum schaffen können.“

MARTIN GRUBER

Der Traum vom Eigenheim wird für immer mehr Menschen unerfüllbar. Zu hoch sind die Baukosten, zu unerschaffbar Kredite. Und: Die Wohnbauförderung tut ihr Übriges.

Die wahren Verursacher

Gerade einmal 200 Kärntner Häuslbauer nehmen die Wohnbaubehilfe derzeit pro Jahr in Anspruch. Viel zu wenig, geht es nach Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. „Eine Wohnbauförderung, die nur

Vielmehr ist für den ÖVP-Wohnbausprecher Herbert Gaggl klar: „Menschen haben den Wunsch nach einem Eigenheim – und dieser muss mit zwei Einkommen auch verwirklicht sein.“ Dies müsse eine Wohnbauförderung unterstützen. Deshalb ist auch eine Reform der bestehenden Regelungen im Koalition-Programm verankert. Gaggl: „Die Schaffung von Eigentum ist eine wichtige Altersvorsorge – das müssen wir wieder ermöglichen!“

„Die Schaffung von Eigentum ist eine wichtige Altersvorsorge – das müssen wir wieder ermöglichen!“

HERBERT GAGGL



Unrealistische Regeln

Klar scheint, dass die geltenden Richtlinien weitere Anpassungen benötigen. Zum einen die Einkommensgrenzen für Anspruch auf Wohnbauförderung. „Viel zu niedrig“, befindet Gaggl. Die steigenden Löhne machen es nötig, die Grenzen anzuheben. Ähnliches gilt für die Baukostenobergrenzen. Die Inflation der letzten Jahre macht es praktisch unmöglich, beim Bau unter den geltenden Grenzen zu bleiben. Auch hier pocht die ÖVP auf eine Änderung.

Gemeinnützig ist wichtig

Eine wichtige Säule für leistbares Wohnen in Kärnten sieht Gaggl in den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. „Sie sind nicht auf Gewinn ausgerichtet“, erklärt Gaggl. „Deshalb sind sie ein Mittel um Preise für Mieter auf einem vertretbaren Niveau zu halten.“ Gaggl plädiert dafür, dass es ausreichend Miet-Kauf-Objekte auch bei den Wohnbaugenossenschaften gibt. „Junge Leute wohnen zu Miete, schaffen sich aber gleichzeitig Eigentum als Altersvorsorge. Die Vertreter der ÖVP werden weiter auf die Möglichkeit von Eigentum pochen.“

Hört, hört!

Die Politspitze im Talk

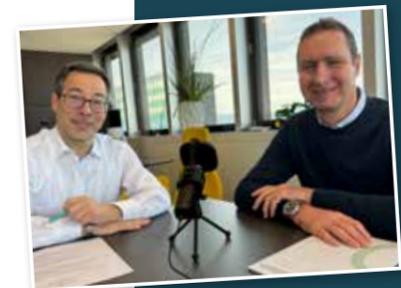
ÖVP-Clubobmann Markus Malle holt in seinem Podcast Spitzenpolitiker und Manager vors Mikrofon.



Wann und wo ist Staatssekretärin Plakolm einfach nur die Claudia? Geht Bildungsminister Martin Polaschek mit Freunden noch auf ein Feierabend-Bier? Und: Wann sinkt in Kärnten endlich wieder der Strompreis, Herr Kelag-Vorstand?

Diese und viele andere Fragen stellt ÖVP-Clubobmann Markus Malle der Politspitze und Konzern-Managern in seinem Podcast

„Politik mit Herz und Hirn“. In den mehr als zehn Folgen lockt Malle seinen Gästen das eine oder andere persönliche Geheimnis heraus – und er spricht brisante Themen an.



Markus Malle im Gespräch mit Kelag-Vorstand Reinhard Draxler

Brisante Themen

So geht es um den Umgang mit Brennpunktschulen, ob junge Leute heutzutage überhaupt noch Leistung bringen wollen. Und der Kelag-Vorstand nimmt Stellung zu den Übergewinnen.

Den Polit-Podcast gibt es auf allen gängigen Plattformen: „Politik mit Herz und Hirn – der Podcast von Markus Malle“.

Wir machen Kärnten besser!

Unsere Abgeordneten haben wieder zahlreiche Initiativen gesetzt die unser Bundesland nach vorne bringen. Auch die Kärntner Zukunfts-Koalition hat zahlreiche Maßnahmen umgesetzt!

Opfer von **Naturkatastrophen** dürfen nicht auf den Kosten für die Beseitigung der Schäden sitzen bleiben. Deshalb kämpfen wir für einen österreichweiten **Katastrophen-Schutzschirm!**

Mit der Novelle des Heimgesetzes wird eine langjährige Forderung von uns umgesetzt: Die Anzahl an Bewohnern in „**Alternativen Lebensräumen**“ wird von **6 auf 9 mögliche Plätze erhöht!**

Unterstützung für die **Schülervertretung**: Wir möchten geeigneten **Räumlichkeiten** und ein **Budget** damit sie sich um die Anliegen der SchülerInnen bestmöglich kümmern können!

Um auftretende „**Kinderkrankheiten**“ gleich zu behandeln, wird das neue **Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz** jetzt evaluiert!

Vereinfachen und beschleunigen – das braucht es für die Energiewende. Dazu haben wir insgesamt sieben Anträge eingebracht.

Das Kärntner **Landwirtschaftskammergesetz** wurde an die aktuellen Herausforderungen angepasst.

Das **Atomkraftwerk** Krkso befindet sich nicht nur nahe an unserer Grenze, sondern liegt direkt auf einer Erdbebenlinie. Wir wollen von **Slowenien wissen**: Wurde das Kraftwerk nach den letzten Beben überprüft, gab es Schäden und welche Reparatur-Maßnahmen wurden gesetzt?

Unser Dringlichkeitsantrag gegen zusätzliche Bürokratie durch die **EU-Entwaldungsverordnung** wurde angenommen! Wir fordern eine Modifizierung der EU-Verordnung und Entlastung unserer Betriebe.

Arbeit muss sich auch in der Pension lohnen! Unser Antrag für eine Steuer- und Abgabentlastung wurde beschlossen.

Für den **Breitband-Ausbau** in Kärnten wurden **110 Millionen Euro freigegeben!**

Entlastung für Nebenerwerbslandwirte: Mit unserem Antrag wollen wir eine **zielgerichtete und faire Entlastung** schaffen. Liegen mehrere Einkommen vor, für die andernorts bereits Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten sind, sollen diese auf die Mindestbeitragsgrundlage angerechnet werden.



Bundesspitzenkandidat
Reinhold Lopatka

Kärntner EU-Spitzenkandidat
Julian Geier

**EU-Wahl am 9. Juni:
ÖVP ankreuzen,
Geier hinschreiben.**

1 ~~⊗~~ ÖVP Geier